



Grünliberale Partei Schweiz
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Bundesamt für Sport
2532 Magglingen

Per E-Mail an: stefan.leutwyler@baspo.admin.ch

21. März 2018

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zu den Beiträgen des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele „Sion 2026“

Sehr geehrter Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlagen und den erläuternden Bericht zu den Beiträgen des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele „Sion 2026“ und beantworten die Fragen des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) wie folgt:

Frage 1: Wie stehen Sie grundsätzlich zur Durchführung Olympischer und Paralympischer Winterspiele in der Schweiz?

Antwort 1: Die Grünliberalen sehen die Durchführung Olympischer und Paralympischer Winterspiele in der Schweiz als Chance. Dafür müssen aber verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. Die Grünliberalen können eine Durchführung nur unterstützen, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind. Dazu gehören vor allem folgende Punkte:

- Die Spiele müssen ökologisch und raumplanerisch nachhaltig sein und darin einen Vorbildcharakter haben. Das bedeutet unter anderem, dass die Spiele weitgehend mit der vorhandenen Infrastruktur bewältigt werden können (Sportanlagen, Verkehrswege etc.). Neue Bauten und Anlagen kommen nur in Frage, wenn sie einem Bedürfnis entsprechen, das unabhängig von den Spielen besteht.
- Sofern sich der Bund an der Durchführung von Winterspielen in der Schweiz beteiligt, sind die entsprechenden Beschlüsse über Kredite, Finanzhilfen etc. der Bundesversammlung in referendumsfähiger Form vorzulegen. Kreditbeschlüsse, welche für die Erarbeitung und Einreichung der Kandidatur erforderlich sind, sind davon auszunehmen, wenn zwingende Fristen des Olympischen Komitees eingehalten werden müssen und eine rechtzeitige Volksabstimmung nicht möglich ist.
- Die Kosten, die dem Bund entstehen, sind zumindest teilweise innerhalb des Budgets des VBS zu kompensieren.
- Die Verwendung von Bundesgeldern muss von Anfang wirksam beaufsichtigt werden. Das schliesst neben einer hochrangigen Vertretung des Bundesrates in den relevanten Gremien auch die Aufsicht durch die Bundesversammlung ein.

- Die Durchführungskantone müssen der Durchführung der Spiele zustimmen. Die Grünliberalen berücksichtigen dabei auch die Stellungnahmen ihrer betroffenen Kantonalparteien.

Frage 2: Befürworten Sie die Kandidatur Sion 2026 zur Durchführung Olympischer und Paralympischer Winterspiele in der Schweiz?

Antwort 2: Die Grünliberalen befürworten eine Kandidatur, wenn die Voraussetzungen gemäss Antwort 1 gegeben sind. Die Grünliberalen begrüessen verschiedene Elemente der Kandidatur, allen voran den Umstand, dass der Grossteil der Infrastruktur schon vorhanden ist. Der erläuternde Bericht liefert jedoch nicht in allen Punkten eine genügende Entscheidungsgrundlage. So kann mangels Entwurf die Governancevereinbarung nicht beurteilt werden, die für das Zusammenspiel der Beteiligten (Bund, Kantone, Gemeinden, Kandidaturorganisation, Swiss Olympic) zentral sein wird. Auch sind die Massnahmen zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit der Spiele weiter zu konkretisieren. Weiter fehlen konkrete Vorschläge und Massnahmen zur Gegenfinanzierung der Spiele und die Aufsicht über die Verwendung der Bundesgelder durch die Bundesversammlung ist nicht geregelt. Die Grünliberalen fordern den Bundesrat auf, diese Punkte in seiner Botschaft zuhanden der Bundesversammlung zu bereinigen.

Noch unbekannt ist zudem, ob die Durchführungskantone der Kandidatur zustimmen werden.

Frage 3: Befürworten Sie eine Beteiligung des Bundes an der Durchführung Olympischer und Paralympischer Winterspiele in der Schweiz?

Antwort 3: Die Grünliberalen befürworten eine Durchführung und Beteiligung des Bundes, wenn die Voraussetzungen gemäss Antwort 1 gegeben sind. Der erläuternde Bericht liefert dazu noch nicht in allen Punkten eine ausreichende Entscheidungsgrundlage. So liegt noch kein Entwurf des Subventionsvertrages vor, der für das Zusammenspiel der Beteiligten (Bund, Kantone, Gemeinden, Durchführungsorganisation etc.) zentral sein wird. Auch sind die Massnahmen zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit der Spiele weiter zu konkretisieren. Weiter fehlen konkrete Vorschläge und Massnahmen zur Gegenfinanzierung der Spiele, die Beschlüsse sind nicht referendumsfähig ausgestaltet und auch die Aufsicht über die Verwendung der Bundesgelder durch die Bundesversammlung ist nicht geregelt. Die Grünliberalen fordern den Bundesrat auf, diese Punkte in seiner Botschaft zuhanden der Bundesversammlung zu bereinigen.

Noch unbekannt ist zudem, ob die Durchführungskantone der Kandidatur zustimmen werden.

Frage 4: Welche Chancen erkennen Sie als Folge der Olympischen und Paralympischen Winterspiele in Ihrem Bereich?

Antwort 4: Die Durchführung von Olympischen und Paralympischen Winterspielen liefert einen Beitrag zur Völkerverständigung. Gleichzeitig profitiert das durchführende Land im Ausland von einem Werbeeffekt. Aus Binnensicht stärken die Spiele als nationales Grossereignis den nationalen Zusammenhalt, indem der Gemeinsinn, der Zusammenhalt und die Identität gestärkt werden. Die Spiele bieten zudem eine Plattform, um den nationalen Breiten- und Spitzensport zu fördern und weiterzuentwickeln.

Da die meisten Anlagen schon vorhanden sind, bietet sich die Schweiz in besonderem Mass als Durchführungsland an. Sie könnte damit ein positives Beispiel für nachhaltige Spiele ohne Gigantismus liefern.

Im Übrigen ist es ein Gebot der Fairness und des Anstands, wenn die Schweiz nicht immer nur als Gast an Spielen in anderen Ländern teilnimmt, sondern – nach langer Zeit – wieder einmal als Gastgeberin auftritt.

Frage 5: Welche Risiken erkennen sie als Folge der Olympischen und Paralympischen Winterspiele in Ihrem Bereich?

Antwort 5: Der Einsatz von insgesamt 994 Millionen Franken allein durch den Bund für zwei Veranstaltungen, die nur wenige Wochen dauern, keine Investitionen auslösen und auch sonst nicht der Erfüllung einer wesentlichen

Aufgabe des Bundes dienen, ist finanzpolitisch weder nachhaltig noch effizient. Die Gegenfinanzierung auf Bundesebene ist zudem ungeklärt. Je nach politischen Mehrheiten ist zu befürchten, dass die Ausrichtung der Spiele zulasten anderer, wichtigerer Bundesaufgaben gehen wird.

Mit Blick auf die vergangenen Spiele ist weiter zu befürchten, dass die Ausgaben am Ende höher liegen werden als budgetiert. Im Durchführungsbeschluss ist zwar vorgesehen, die Defizitgarantie des Bundes auf 215 Millionen Franken zu begrenzen, doch kann niemand garantieren, dass diese Grenze im Ernstfall Bestand haben wird. Im erläuternden Bericht werden der Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) über die Landesausstellung Expo 01/02 und die daraus zu ziehenden Lehren erwähnt (erläuternder Bericht, Seite 41): „Wenn der Bund eine Landesausstellung in Auftrag gibt oder sich einer vergleichbaren Grossveranstaltung beteiligt, geht er faktisch eine unbeschränkte politische und finanzielle Haftung ein“. An diesem Befund hat sich seither nichts geändert.

Ein weiteres Risiko ist die Sicherheitslage. In Zeiten eines weltweit expandierenden Terrorismus und Extremismus sind die Sicherheitskosten ständig am Steigen. Niemand weiss, wie die Sicherheitslage im Jahr 2026 sein wird und ob die vorhandenen Ressourcen – insbesondere im personellen Bereich – genügen werden, um sichere Spiele ausrichten zu können.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Fraktionsmitglied, Nationalrätin Isabelle Chevalley, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Jürg Grossen
Parteipräsident



Ahmet Kut
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion